

beidem – das ist zentral für die Argumentation des Autors – unterstellten die Männer mit kolonialer Erfahrung rassifizierte Menschen grundsätzlich (S. 135 u. 19).

Julian Go folgt einem aktivistischen Wissenschaftsverständnis, das „die Welt verändern“ möchte. Sein Buch ist getragen von einer Empörung über die Gegenwart – George Floyds „I can’t breathe“ steht der Einleitung voran (S. 1). Inwiefern diese Empörung seine Interpretation der Vergangenheit und der von ihm präsentierten Quellentexte prägt, reflektiert er nicht. Als Teil einer postkolonialen historischen Soziologie verfolgt „Policing Empires“ das Ziel zu zeigen, dass die Geschichte nichts anderes ist als die Gegenwart „of racialized policing“ – eine Gegenwart, in der *SWAT units* in Militärfahrzeugen und anderem von Militärveteranen bedienten „surplus military equipment“ vornehmlich gegen „racialized minorities“ eingesetzt würden (S. 262). Go stellt in seinen abschließenden Sätzen nicht nur die Forderung auf nach einer Dekolonisierung der Polizei, sondern gar nach einer Zukunft ganz ohne sie. Ob nun die Hoffnung auf eine „post-policing future“ (S. 272) eine gelungene Coda für ein Buch über Polizeigeschichte sein kann, darf bezweifelt werden.

Yan Slobodkin, The Starving Empire. A History of Famine in France's Colonies.
Ithaca, NY, Cornell University Press 2023. XV, 312 S., Abb., \$ 49,95.

// DOI 10.1515/hzhz-2025-1211

Marcel Boldorf, Lyon

Hungersnöte waren eine mächtige Kraft im französischen Empire. Bereits um 1867 forderten sie in Algerien Hunderttausende Opfer. Im Laufe der Geschichte wuchs das Problem zahlenmäßig sogar an: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden bei kriegs- und konfliktbedingten Hungersnöten in Indochina zwischen einer und drei Millionen Tote gezählt. Mit einem kolonialkritischen Ansatz, der heute in der französischen Debatte keine Selbstverständlichkeit mehr ist, postuliert Yan Slobodkin, dass die Kolonialpolitik die Anfälligkeit für Hungersnöte erhöhte. Sie habe soziale Praktiken zerstört, die das Risiko von Hungersnöten verringerten, zum Beispiel traditionelle Formen der Geburtenregelung. Die Fähigkeit der Menschen, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wurde untergraben. Zu den politischen Ursachen tritt eine ökonomische Betrachtungsweise mit Bezug auf Nobelpreisträger Amartya Sen. Dessen Hinweis auf Verteilungskonflikte wird angesprochen, aber nicht eigens analysiert.

Ausgehend von der algerischen Hungerkrise Mitte des 19. Jahrhunderts richtet sich der Blick nach Indochina, wo Hunger zwischen 1884 und 1930 als dauerhaftes Problem beschrieben wird. Für West- und Zentralafrika werden das Jahr 1913 mit seiner krisenhaften Zuspitzung in der Sahelzone sowie die Hungerkatastrophe im Niger im Jahr 1931 betrachtet. Nach 1945 richtet sich der Blick erneut auf die südostasiatischen Kolonien, insbesondere Vietnam. Innerhalb dieser Epoche übernahmen die französischen Territorialverwaltungen immer mehr Verantwortung für die Hungersnöte. Hauptuntersuchungsfelder sind die Herausbildung eines öffentlichen Gesundheitswesens, ethnische Studien einschließlich der bei den Kolonialherren vorherrschenden rassistischen Stereotype, die Entwicklung einer humanitären Ethik sowie Transnationalismus, also grenzüberschreitende intervenierende Faktoren.

Für Indochina werden Versäumnisse und Fehleinschätzungen verschiedener Akteure, auch der christlichen Kirchen, thematisiert. Ein konstantes Moment waren die immer wieder ausfallenden Reisernten. Die einheimische Bevölkerung brachte die Not mit der kolonialen Verwaltung in Zusammenhang, was Revolten auslöste. Die französische Administration vertrat dagegen die Ansicht, dass Hungerkrisen unvermeidlich seien. Sie legte ihr reaktives Handeln darauf aus, das Krisenmanagement zu verbessern, beispielsweise durch Wohltätigkeits- und Versorgungsprogramme. Die Hungersnot im Niger im Jahr 1931 wurde beispielsweise mehr skandalisiert als die andern vorangehenden Sahelkrisen. In der Zwischenkriegszeit wurden neue Möglichkeiten zur Sicherung der Subsistenz der Kolonien erwogen. Durch ernährungswissenschaftliche Studien gelangten auch Ernährungsanleitungen in die Kolonialpolitik. Diese Studien verlangten ein Eingreifen, doch für einige Projekte war die Kolonialmacht nicht willens, die Finanzierung zu leisten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte die Vierte Republik das Kolonialreich erhalten – gegen die nationalen Revolutionen in Vietnam, Algerien, Madagaskar und andernorts. Auch die Konflikte um die Dekolonisierung gingen häufig mit Hungerkrisen einher.

Yan Slobodkin bescheinigt der französischen Kolonialmacht zusammenfassend kein gelungenes Krisenmanagement. Ein Grund dafür war, dass Hungersnöte lange Zeit als außerhalb der Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten des Kolonialstaates angesehen wurden. Der „French Way“ orientierte sich an der britischen Kolonialpolitik, war aber desorganisierter. Die Hungerkatastrophe in der Sahelzone wiederholte sich in den frühen 1970er Jahren mit ebenso schlimmen Folgen, obwohl die Länder formal unabhängig waren. Und die Geschichte setzt sich bis heute fort. Aktuell

ist die Erinnerung des Autors daran, dass die technokratische Behandlung des Themas Hunger die sozialen und politischen Voraussetzungen nicht beseitigt.

Sarina Hoff, Der lange Abschied von der Prügelstrafe. Körperliche Schulstrafen im Wertewandel 1870–1980. (Wertewandel im 20. Jahrhundert, Bd. 8.) Berlin/Boston, De Gruyter 2023. 494 S., € 79,95. // DOI 10.1515/hzhz-2025-1212

Alexander Kraus, Wolfsburg

Die körperliche Züchtigung galt noch bis zu ihrem endgültigen Verbot in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik als ultima ratio der schulischen Erziehung: Wenn angesichts vorgeblich hartnäckiger Lernverweigerung, ungebührlich empfundenen Verhaltens oder eines drohenden Autoritätsverlustes der Lehrkraft nichts mehr zu helfen schien, blieb immer noch der Griff zu Rohrstock, Lederriemen, Rute oder anderen Formen der Körperstrafen. Dass diese Praxis der Erziehungsgewalt trotz eines bereits im Kaiserreich einsetzenden Diskurses über deren Unrechtmäßigkeit über einen solch langen Zeitraum immer wieder Billigung fand, auch und nicht zuletzt seitens der Eltern, nimmt Sarina Hoff in ihrer Mainzer Dissertation zum Anlass, um nach den Gründen für dieses vielmalige Scheitern zu fragen. Schließlich blieben die wiederholt unternommenen Versuche eines Verbots dieser Körperstrafen, so sie denn gelangen, meist allein von kurzer Dauer. In ihrer Arbeit wird deutlich, wie sehr sich die geäußerte scharfe Kritik am „despotischen Schulterrorismus“ (S. 53) wie auch die Argumentationsmuster der vehementen Verteidiger körperlicher Schulstrafen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg jeweils ähnelten. Der von ihr vornehmlich anhand von Volksschulen untersuchte Wertewandel hatte offenbar einen gut hundertjährigen Vorlauf, wobei Hoff in ihrer Rekonstruktion anschaulich zu zeigen vermag, wie wenig die Entwicklung des Diskurses über körperliche Schulstrafen wie auch deren soziale Praxis an die politischen Systeme gekoppelt war. So arbeitet sie beispielsweise für den Nationalsozialismus heraus, dass die Debatte über die Prügelstrafe zwar weitestgehend verebbte, aber eben nicht komplett verstummte.

Die beeindruckende Bandbreite der von ihr untersuchten Quellen reicht von pädagogischen Lexika, Hand- und Lehrbüchern sowie einer Vielzahl an Fachzeitschriften über die Vereinspresse, Versammlungsprotokolle und die Mitgliederkorrespondenz von Lehrerverbänden und -vereinen bis hin zu rechtswissenschaftlicher